

enercity bereichert sich auf Kosten der Kund\*innen:  
Die Linksfraktion kämpft dagegen.

↳ Seite 3

Superblocks in Hannover?  
Nur mit Mietpreisbremse!

↳ Seite 7

LeinemaschBLEIBT-Sprecherin Tabea Dammann geht im Interview den Ausbau des Südschnellwegs und berichtet über anstehende Aktionen dagegen.

↳ Seite 8



# Roter Faden

Zeitung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Hannover

**DIE LINKE.**

Fraktion

im Rat der Landeshauptstadt Hannover



## Liebe Leser\*innen, Wohnen und Energie müssen wieder bezahlbar werden!

Laut einer Umfrage sorgen sich mehr 62 Prozent der Bevölkerung wegen der Inflation um die Finanzierung ihrer Existenz. Ganz oben auf der Sorgenliste stehen hohe Mieten, die allein wegen umfangreicher Modernisierungen infolge des Gebäudeenergiegesetzes weiter deutlich steigen werden. Für bezahlbare Wohnungen engagiert sich die Linksfaktion im Rat mit Volldampf. Wir haben uns deshalb entschlossen, in dieser Ausgabe schwerpunktmäßig darüber zu berichten. Dazu gehört auch ein Veranstaltungsbericht mit unserer Bundestagsabgeordneten Caren Lay, die sich seit langem für einen Mietenstopp und soziales Wohnen einsetzt.

Aber auch die Energiepreise von energycity brennen uns unter den Nägeln. Der städtische Energieversorger fährt ein Rekordergebnis nach dem anderen ein und bereichert sich so auf Kosten der Kund\*innen. Wir berichten darüber, was die Linksfaktion tut, um diese Abzocke zu beenden.

Im Interview geht LeinemaschBLEIBT-Sprecherin Tabea Dammann mit dem

Ausbau des Südschnellwegs hart ins Gericht und berichtet über anstehende Aktionen für den Erhalt des einzigartigen Naherholungsgebiets Leinemasch. Weitere Beiträge zur autoarmen Innenstadt, systematischen Diskriminierung von Roma durch die Stadtverwaltung und mögliche Einbußen für den hannoverschen Schwimmsport infolge einer verfehlten Bäderpolitik im Rathaus runden die Berichterstattung ab.

Wenn Ihr/Sie Anregungen oder Themen habt, mit denen wir uns im Rat auch befassen sollten, setzt Euch/ setzen Sie sich mit uns in Verbindung. Danke für Euer/Ihr Interesse.

*Dirk Machentanz*

Dirk Machentanz  
Fraktionsvorsitzender

### IMPRESSUM

Herausgeberin:

DIE LINKE Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover  
Schmiedestraße 39, 30159 Hannover, Tel.: 0511 168 326 00, Fax: /-326 08  
Email: [linksfaktion@hannover-rat.de](mailto:linksfaktion@hannover-rat.de)

Redaktion:

Michael Fleischmann  
Holger Othmer  
V.i.S.d.P.: Dirk Machentanz

## enercity muss Energiepreise sofort deutlich senken! Ratsantrag gegen Abzocke



**„enercity fährt ein Rekordergebnis nach dem anderen ein, wir müssen zahlen. Damit muss sofort Schluss sein!“**

Baupolitiker und Fraktionsvorsitzender  
Dirk Machentanz

Landauf landab senken Energieversorger und andere Anbieter die Strom- und Gaspreise, weil die Beschaffungskosten gesunken sind. Nicht so energy, das nach eigenen Angaben „den Markt beobachtet“. Das ist für viele Hannoveraner\*innen finanziell sehr belastend und für die hiesige Wirtschaft ein Standortnachteil. Vor dem Hintergrund, dass energy für das laufende Jahr abermals ein Rekordergebnis erwartet, ist das Verhalten des

städtischen Energieversorgers nach Auffassung der Linkenfraktion eine Sauerei. Das Unternehmen bereichert sich auf Kosten der Kund\*innen.

Um dem ein Ende zu setzen, soll der Rat nach unserem Willen energy auffordern, die Preise für Strom und Gas umgehend deutlich zu senken und dabei die gesunkenen Beschaffungskosten in vollen Umfang an die Kund\*innen weitergeben. Laut Ratsantrag soll energy auch die Preiskalkulation bei Strom und Gas offenlegen.

Dem kommunalen Energieversorgungsunternehmen steht es mit Verweis auf die Daseinsvorsorge nicht an, sich am Markt wie ein rein auf Profit orientiertes Unternehmen zu verhalten. Vor diesem Hintergrund ist nach unserer Auffassung auch bei der Preiskalkulation eine kritische Sichtung dringend erforderlich. Gerade in Krisenzeiten hat man von einem kommunalen Unternehmen ein gänzlich anderes Auftreten zu erwarten. In dieser für Verbraucher\*innen

und Unternehmen schwierigen Zeit darf es nicht so weitergehen, dass energy das eigene Gewinnstreben über die elementaren Interessen der Kund\*innen stellt.

Für das laufende Jahr rechnet energy einem Pressebericht zufolge abermals mit einem „Rekordergebnis“ von mehr als 400 Mio. Euro und damit fast doppelt so viel wie im vergangenen Rekordjahr.



**enercity**  
positive energie

### Zur Entscheidung der Ratspolitiker\*innen, sich unter bestimmten Voraussetzungen Volksfest- und Bierzelt-Besuche mit Steuer-geld bezahlen zu lassen, erklärt Dirk Machentanz im Rat:

 „... Manchmal fragen sich die Bürgerinnen und Bürger in Hannover zurecht: Haben die im Rathaus eigentlich den Schuss nicht gehört? Für normale Menschen wird alles teurer. Ein Besuch auf dem Schützenfest, auf dem Oktoberfest oder dem Weihnachtsmarkt wird besonders für Familien mit geringem und mittlerem Einkommen inzwischen zur ernsthaften finanziellen Belastung. Zumal sie schon mit Wuchermieten und astronomischen Energiepreisen zu kämpfen haben.

In solchen Krisenzeiten erstarken leider auch demokratifeindliche Kräfte. Deshalb schenkt sich die Politik in Hannover im wahrsten Sinne des Wortes selber einen ein, wenn sie sich nun den Verdienstausfall, salopp gesagt, fürs Saufen auf dem Volksfest erstatten lassen will.

Verstehen Sie mich nicht falsch, meine Damen und Herren, es ist richtig und wichtig, dass es Aufwandsentschädigungen und die Möglichkeit, Verdienstausfälle abzurechnen, für kommunalpolitische

Ehrenämter gibt! Und natürlich kann auch der Besuch eines Volksfests wichtig für die gewissenhafte Ausübung eines kommunalen Mandats sein. Aus Rücksicht auf die angespannte Kassenlage der Stadt und die Sorgen und Nöte ganz normaler Menschen sollte es aber bei der Erstattung von Verdienstausfällen für Sitzungen und dergleichen bleiben. Auch für Politikerinnen und Politiker ist der Volksfestbesuch in erster Linie ein Freizeitvergnügen. Deshalb stimmt meine Fraktion gegen diesen Änderungsantrag!“



**„Wir begrüßen das Mobilitätskonzept des Oberbürgermeisters grundsätzlich, fordern aber in Teilbereichen Nachbesserungen.“**

Felix Mönkemeyer hat mit der Innenstadt auch als Mitglied im Bezirksrat Mitte zu tun.

Die Linkenfraktion begrüßt grundsätzlich das Mobilitätskonzept von Oberbürgermeister Belit Onay für eine autoarme Innenstadt. Mehr Aufenthaltsqualität, weniger Lärm und Schadstoffe liegen als Vorteile auf der

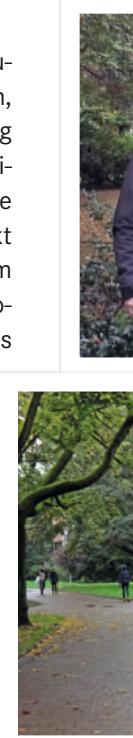
Hand. „Wir fordern aber in Teilbereichen Nachbesserungen“, sagt Felix Mönkemeyer.

Obwohl Fußgänger\*innen Vorrang erhalten sollen, müssen sie sich laut Onays Plänen weiterhin den öffentlichen Straßenraum zwischen Hauptbahnhof und Schillerdenkmal mit den Radfahrenden teilen. Diese Strecke wird auch ein Teil des City-Radrings um die Fußgängerzone herum werden. Dadurch wird der Radverkehr weiter zunehmen. Die Sicherheit der Fußgänger\*innen ist in Gefahr. „Um das zu vermeiden, müssen Radfahrende zwischen Hauptbahnhof und Schillerdenkmal eine eigene Fahrspur erhalten, die vom Fußgängerbereich

getrennt ist“, fordert Mönkemeyer.

Der Oberbürgermeister will den Autoverkehr aus der Innenstadt haben, sagt aber nicht, wie er im Gegenzug den Öffentlichen Nahverkehr attraktiver machen will. Es fehlt eine Buslinie in die Altstadt, die man nicht direkt mit der U-Bahn erreichen kann. Im Konzept ist nur vage von einem autonom fahrenden Shuttle die Rede, das „perspektivisch“ zum Zuge kommen könne.

Die Stadtverwaltung will mit Durchfahrsperren für Autos den Durchgangsverkehr weitgehend aus der City verbannen. Fast alle Parkplätze am Straßenrand sollen entfallen.



## Beirat soll koloniales Unrecht aufarbeiten – Aus für umstrittene Denkmäler?



Ein Beirat soll bald die koloniale Geschichte der Landeshauptstadt aufarbeiten. Derzeit geht es in den Ratsausschüssen noch um die Besetzung dieses Gremiums. Von zentraler Bedeutung ist die Einbindung von Menschen der Zivilgesellschaft, die sich intensiv mit dem Thema befassen. Die Mitglieder sollen ein „dekolonialisierendes Erinnerungskonzept“ ausarbeiten und Handlungsempfehlungen für die Stadt geben. Die Linkenfraktion begrüßt das und hofft auf Rückenwind für ihre Forderung, die Denkmäler von Carl Peters

in der Südstadt und Alfred von Waldersee am Rand der Eilenriede abzureißen.

Generalfeldmarschall Alfred von Waldersee war um 1900 von Hannover aus nach China entsandt worden, um den dortigen Boxeraufstand niederzuschlagen. Carl Peters war ein Kolonialist, der wegen seines brutalen Vorgehens gegen die Bevölkerung im heutigen Tansania bekannt wurde. Sein Denkmal wurde 1935 enthüllt, begleitet von einem Aufmarsch von Reichskolonialbund, Wehrmacht, SA, SS, Polizei und Hitlerjungend. Die Weiherede hielt kein geringerer als Reichsstatthalter General Ritter von Epp, Leiter des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP. An den monumentalen Klotz wurde zwar 1988 eine „Mahntafel gegen den Kolonialismus“ angebracht, die aber kaum als solche zu erkennen, geschweige denn problemlos zu lesen ist.



## „Autofreie Wohnquartiere als Begegnungsräume entwickeln“ Mit Andre Zingler unterwegs in der Südstadt



Andre Zingler zeigt auf die ungenutzten Rasenflächen der Mehrfamilienhäuser.



Die Parkanlage ist vor allem eine Hundelauffläche ...



... und hat eine Reihe von Sitzgelegenheiten.

Die öffentliche Diskussion um autoarme Wohnquartiere dreht sich meist um die sogenannten Superblocks. Es geht um Sperrungen für den Autoverkehr und den massiven Abbau von Parkplätzen. Ärger mit Autofahrenden sind vorprogrammiert. Dabei gibt es in der Landeshauptstadt durchaus Wohnviertel, die schon autofrei sind. Die Stadt müsste da nur Leben reinbringen. Der

Rote Faden begleitete Südstadt-Rats herr Andre Zingler in ein solches Wohnquartier.

Das Viertel neben der Hildesheimer Straße wird im Norden von der Krausenstraße, der Schläger- und Bandelstraße im Westen sowie im Süden von der Bandelstraße eingerahmt. In diesen Straßen parken die Anwohner\*innen auch ihre Autos. Das Quartier ist so nicht nur frei vom Autoverkehr, sondern auch von parkenden Fahrzeugen. Man sieht nur Fahrräder.

Wenn man das Areal von der Krausenstraße aus betritt, fallen zunächst 10-stöckige Mehrfamilienhäuser mit großen Rasenflächen ins Auge. „Diese Flächen sind ungenutzt, nur in der Corona-Zeit war hier was los“, berichtet Andre Zingler. Wir gehen weiter vorbei an Einfamilienhäusern mit kleinen Gärten, einer Reihenhausiedlung und bleiben in einem kleinen Park mit einer Reihe von Bänken stehen. „Da sitzt ab und zu mal jemand, sonst ist das hier eine Hundelaufwiese“, sagt Zingler. „Nur in der Corona-Zeit war das auch hier anders.“ Ein angrenzender Spielplatz werde dagegen vor allem im Sommer gut von den Eltern mit ihren Kindern angenommen.

Damit aus den vielen ungenutzten grünen Flächen für die Anwohner\*innen Begegnungsflächen werden, könne die Stadt in Abstimmung mit den Grundstückseigentümer\*innen einiges tun, unterstreicht der Südstädter: etwa wie am Raschplatz Basketballkörbe und Spielgeräte aufstellen, aber auch Blumenbeete anlegen und im Park einen öffentlichen Grillplatz betreiben. Auch ein Brunnen komme infrage, der eine willkommene Abkühlung im Sommer sei, regt Zingler an. Auch sei es nicht nachvollziehbar, warum gut frequentierte Cafés oder Restaurants nur an der Hildesheimer Straße anzutreffen seien, betont er. Ein gastronomischer Betrieb passe hervorragend auch in den Park. „Die Aufenthaltsqualität mit viel Grün ist deutlich besser als an der autoreichen Hildesheimer Straße.“

„Ich wünsche mir, dass die Stadtverwaltung einfach mal versucht, solche grünen Oasen zu entwickeln, und mit Leben erfüllt, statt sich allein auf die Superblocks zu konzentrieren“, sagt Andre Zingler. Dafür müsse sie den Anwohner\*innen aber Angebote machen. Der Bedarf dafür ist nach seiner Meinung vorhanden. Das habe nicht zuletzt auch die Corona-Zeit gezeigt.

## Politik hebt Grundsteuer an: Wohnen wieder teurer



**„Wir lehnen die Grundsteuererhöhung als unsozial ab. Gerade jene, die ihre Wohnkosten kaum noch stemmen können, werden zusätzlich belastet.“**

Finanzpolitiker  
Felix Mönkemeyer

Der Finanzausschuss des Rates hat die Grundsteuer zum 1. Januar kommenden Jahres angehoben. Der Hebesatz steigt um 100 Punkte auf 700 Punkte. Eine weitere Belastung für Mieter\*innen und Wohnungseigentümer\*innen mit kleinen Budgets. Die Erhöhung bedeutet bei einer 70 Quadratmeter großen Dreizimmerwohnung eine jährliche Mehrbelastung von rund 70 Euro. Die

Linksfraktion lehnt die Grundsteuererhöhung als unsozial ab. Gerade jene, die ihre Wohnkosten kaum noch stemmen können, werden zusätzlich belastet. Viele Hannoveraner\*innen wissen schon heute nicht mehr, wie sie die drastisch gestiegenen Lebenshaltungskosten bezahlen sollen. „Die Grundsteuererhöhung begrüßen wir dagegen bei gewollten Leeständen“, sagt Finanzpolitiker Felix Mönkemeyer, „weil in diesem Fall Eigentümer\*innen dem Markt dringend benötigten Wohnraum vorenthalten.“

## „Staatliche Wohnbaupolitik ist komplett gescheitert“

**CAREN LAY**  
**WOHNOPOOLY**

Wie die ImmobilienSpekulation das Land spaltet und was wir dagegen tun können

www.linksfraktion-hannover.de

### Lesung: Wohnopoly mit Caren Lay

Moderation: Dirk Machentanz

Dienstag 24.10.2023  
18:00 Uhr  
Freizeitheim Linden  
Saal 18



**DIE LINKE.**  
Fraktion  
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Auf Einladung der Linksfraktion hat Caren Lay vor rund 35 Besucher\*innen ihr Buch *Wohnopoly* im Freizeitheim Linden vorgestellt. Die Sprecherin der linken Bundestagsfraktion für Mieten, Bau- und Wohnungspolitik schildert darin eindrucksvoll das Scheitern des Staates in der Wohnungsbaupolitik und zeigt Lösungswege auf. Lay setzt sich seit langem für einen Mietenstopp und bezahlbares Wohnen ein.

Voll belegter Sitzungsraum „Badewanne“

In ihrem Buch nimmt sie auch auf das Buch Kapital und Ideologie von Thomas Piketty Bezug. Danach verbreitet sich heute das Kapital so, insbesondere beim Wohnungsbau, wie einst im Feudalismus der frühen Neuzeit. „Bei mangelnden öffentlich geförderten Wohnungen wird Wohnen so zum Luxusgut“, stellt Lay fest. „Hinter der Mietenkrise steht das Kapital.“ Die Abschaffung der Mietpreisbindung schaffe erst den Raum für immens

steigende Mieten. Der Profit siegt über die Gemeinnützigkeit durch die schrittweise Abschaffung derselben. Während Millionen von öffentlich ge-



Caren Lay, MdB und Ratsherr Machentanz stellen sich konzentriert den Fragen des Auditoriums.

förderten Wohnungen bundesweit gebraucht würden, schaffe es der Staat noch nicht einmal, 400.000 Sozialwohnungen bauen zu lassen, kritisiert Lay; momentan seien es deutschlandweit gerade mal die Hälfte. „Das ist ein Offenbarungseid der amtierenden SPD-Bundesbauministerin Klara Geywitz und der Ampelkoalition im Bund.“ Die Schaffung von Wohneigentum sollte nach Lays Worten die 50-Prozent-Marke erreichen, momentan sind es allenfalls 30 Prozent. Der Grundstein für schwindende bezahlbare und verstaatlichte Wohnungen sei aber schon Anfang der 2000er Jahre in der Ära Gerhard Schröder/Tony Blair gelegt worden, betont die Baupolitikerin.

Der 2019 erstmals im Land Berlin vom rot-rot-grünen Senat eingeführte Mietendeckel hat seine Wirkung nicht verfehlt. „Für 1,5 Millionen Wohnungen wurde bisher ein Mietenstopp verhängt“, berichtet Lay. „Überhöhte Mieten wurden verboten.“ Einen effektiv wirkenden Mietendeckel gibt es bisher nur in Berlin.

Fonds und Konzerne gehören laut Lay nicht auf den Wohnungsmarkt. Damit Bauen bezahlbar bleibe, solle man außerdem Bodenspekulationen begrenzen. Das Bauen von sozial geförderten Wohnungen solle so verlaufen wie in Wien, fordert sie. In der österreichischen Hauptstadt leben schon seit Jahrzehnten 60 Prozent der Bevölkerung in einer öffentlich geförderten Wohnung, es wird gemeinnützig gewirtschaftet und sozial gebaut. Städtische Wohnungsge nossenschaften hierzulande müssten daher gestärkt werden, damit diese noch besser in der Lage sind, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, betont die Baupolitikerin. Dieser Wohnraum bleibe in städtischer Hand und so langfristig auch in der Sozialbindung.

Die erfolgreiche Veranstaltung endet nach zwei Stunden. Die Besucher\*innen nehmen einen Hoffnungsschimmer auf mehr soziales Bauen und bezahlbares Wohnen mit nach Hause.



Obligatorisches Abschlussfoto: V.l.n.r.: Felix Mönkmeyer, Caren Lay, Dirk Machentanz, Andre Zingler



## Stadionbad macht dicht – mögliche Einbußen für Schwimmsport

**„Wenn es nach uns gegangen wäre, müssten sich Sportvereine und Schulen in den nächsten Jahren keine Sorgen um ein intaktes 50-Meter-Wettkampfbecken machen.“**

Sportpolitiker Andre Zingler

Schwallwasserbehälter ausgewechselt werden muss. Dieser hat Risse bekommen. Er nimmt das Wasser auf, das über die Ränder des Schwimmbeckens läuft. Der Wettkampf- und Trainings- sport werden wegen der anstehenden

**D**as Stadionbad bleibt im Sommer nächsten Jahres vier Monate lang geschlossen, weil der kaputte

Sanierungsarbeiten möglicherweise Einbußen in Kauf nehmen müssen.

Das marode Stadionbad ist derzeit das einzige Hallenbad mit einem 50-Meter-Becken für den Schwimmsport. Eine zweite 50-Meter-Bahn im Sportleistungszentrum steht nur Leistungsschwimmer\*innen zur Verfügung. Damit steht die hannoversche Bäderinfrastruktur auf dünnem Eis. Denn das Stadionbad kann erst in vier Jahren runderneuert werden, weil erst dann das neue Fössebad mit einer 50-Meter-Wettkampfbahn fertiggestellt ist.

Die Linksfraktion fordert seit vielen Jahren einen Neubau für das marode

Fössebad, der schon längst hätte begonnen werden können. Entsprechend früher hätte man das Stadionbad modernisieren können. Nach den Plänen der Stadtverwaltung soll der Neubau des Fössebades erst in zwei Jahren beginnen und voraussichtlich Ende 2027 fertig sein.



## Stadtverwaltung: Diskriminierung von Roma wird Thema im Rat

**D**ie Linksfraktion hat eine Anhörung zur Diskriminierung von Roma durch die Stadtverwaltung im Internationalen Ausschuss des Rates beantragt. Laut einer Studie haben Verwaltungsmitarbeiter\*innen jahrelang systematisch versucht, Roma aus der Stadt zu vertreiben. Beliebte Mittel sind die Unterbringung am Stadtrand, lagerähnliche Zustände bis zu menschenunwürdigen Behausungen und willkürliche Umzüge. Die

Forschenden haben für die Studie Interviews mit zum Teil hochrangigen Verwaltungsmitarbeiter\*innen geführt. Die Stadt räumt in einem Pressebericht rassistische Handlungsmuster in der Verwaltung ein und spricht von einer „Unbequemlichkeitskultur“, die etabliert worden sei.

Wir fordern eine ernsthafte und tiefgreifende Aufarbeitung dieser scho-

ckierenden Vorfälle. Die Stadtverwaltung muss alle Einwohner\*innen gleich und mit Respekt behandeln. Die nicht zu entschuldigen Vorfälle zeigen nach unserer Meinung aber auch, dass die Städte und Gemeinden viel zu wenig Geld von Bund und Land für die Erledigung ihrer Aufgaben bekommen. Eine auskömmliche Finanzierung ist elementar, um alle Menschen würdevoll zu behandeln.



## „Mieten in Superblocks dürfen nicht steigen!“

**„Wir fordern, eine Milieuschutzsatzung auch für Superblocks erlassen zu können. Wenn die Lebensqualität steigt, dürfen die Mieten nicht mitsteigen!“**

Baupolitiker und Fraktionsvorsitzender  
Dirk Machentanz

**V**or dem Hintergrund des Beschlusses der Regionsversammlung, in Hannover und im Umland 50 autoarme Wohnquartiere, sogenannte Superblocks, einzurichten, sorgt sich

die Linksfraktion um die Mieten in diesen attraktiven Quartieren. Mehr Flächen für Beete, Bänke, Spielgeräte und Blumenkübel sowie deutlich weniger Platz fürs Auto steigert die Lebensqualität. Damit werden diese Wohnviertel zunehmend für gut situierte Bürger\*innen interessant. Die Mieten geraten zusätzlich unter Druck, angestammte Mieter\*innen drohen ihre Wohnungen zu verlieren. Um das zu verhindern, fordert Baupolitiker Dirk Machentanz die Möglichkeit, eine Milieuschutzsatzung für autoarme

Wohnviertel in der Landeshauptstadt zu erlassen. Laut Baugesetzbuch ist eine solche Satzung bisher nur bei Gebäuden möglich. Berlin macht davon regen Gebrauch, wonach etwa in den ersten fünf Jahren nach einer Sanierung die Mieten nicht erhöht werden dürfen. „Ob bei Gebäudesanierungen oder Straßenumbauten für autoarme Wohnquartiere, das Ergebnis ist mit mehr Lebensqualität das gleiche“, sagt Machentanz. „Wenn die Lebensqualität steigt, dürfen die Mieten nicht mitsteigen!“

## „Je nachdem, wann gerodet wird, sind wir dabei!“ LeinemaschBLEIBT-Sprecherin Tabea Dammann zum Ausbau des Südschnellwegs



Tabea Dammann ist Pressesprecherin von LeinemaschBLEIBT. Dieses Bündnis aus Gruppen und Initiativen versucht seit mehr als zwei Jahren, den Ausbau des Südschnellwegs zu verhindern. Das Bündnis organisierte Massenpetitionen und Großdemos wie die vergangene mit 6.000 Leuten in der Leinemasch. Die Aktivist\*innen fordern massive Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr, damit die Menschen nicht mehr aufs Auto angewiesen sind.

**Roter Faden: Der Westabschnitt des Südschnellwegs durch die Leinemasch müsse ausgebaut werden, weil dort künftig 54.000 Fahrzeuge am Tag langfahren, heißt es aus dem Landesverkehrsministerium.**

**Tabea Dammann:** Diese Prognose ist zum Scheitern verurteilt. Die Verbreiterung verstößt gegen das Klimaschutzgesetz, gegen die Klimaziele und erstickt eine Mobilitätswende im Keim. Wenn wir die Klimaziele ernst nehmen, brauchen wir bis 2030 eine Halbierung der Autos auf dem Südschnellweg. Auch die Situation für die Autofahrer\*innen wird sich in den nächsten 10 Jahren erstmal massiv verschlechtern wegen einer Großbaustelle, die nur einspurig befahrbar ist.

**Was spricht noch gegen den Ausbau?**

Das Naherholungsgebiet Leinemasch wird zerstört, wo die Menschen im

Sommer zum Schwimmen gehen und das auch dazu beiträgt, die Stadt an heißen Tagen etwas zu kühlen. Wir sehen in der Leinemasch eine einzigartige Flora und Fauna: jahrzehntealte Bäume in einem intakten Naturgebiet, das vernichtet werden soll.

### Es gibt doch Ausgleichsflächen.

Keine Ausgleichsfläche kann den Schaden, der mit dem Ausbau angerichtet wird, auch nur annähernd im Ansatz ausgleichen.

**Wenn man Ihren Aussagen folgt, gibt es kein nachvollziehbares Argument für eine Verbreiterung. Warum wird die trotzdem durchgezogen?**

(lacht) Diese Frage stellen wir uns auch immer wieder. Niedersachsen ist das Auto-Lobby-Land Nummer 1. Unser System, in dem wir leben, ist für das Auto gemacht. Diesem System haben sich die Interessen der Bürger\*innen

und des Klimaschutzes unterzuordnen. Da kommen Interessen zusammen, die eine enorme Macht und einen langen Arm in die Politik haben, und die hält ganz klar an ihren Ausbauplänen fest. Wir stellen uns dagegen.

### Was haben Sie in nächster Zeit an Aktionen geplant?

Es gibt sonntags unsere Mahnwache an der blauen Brücke bei den Dreiecksteinchen, und wir machen Spaziergänge durchs Rodungsgebiet. Unabhängig davon machen wir viele Aktionen, um die Leute zu informieren: Info- und Vernetzungs-Abende oder Aktionstrainings. Wir wollen die letzten Monate und Tage nutzen, um ganz viele Leute zu motivieren, sich gegen die Räumung des Protestcamps und die Rodung der Bäume zu stellen, wenn es losgeht.

### Wann ist mit der Räumung des Protestcamps Tümpeltown und Rodung der Bäume zu rechnen?

Diese Frage ist sehr schwierig zu beantworten, weil sich Verkehrsbehörde und Politik bedeckt halten. Es ist aber ziemlich klar, dass noch in dieser Rodungssaison, also bis Ende Februar nächsten Jahres, geräumt und gerodet werden soll. Wir werden dagegen groß mobilisieren sobald wir den Termin kennen.



## Stadtverwaltung verschleppt Kampf gegen Missbrauch von Wohnraum

**O**bwohl die rot-grüne Ratsmehrheit nach langem Drängen der Linksfraktion im laufenden Haushalt Geld für die Einstellung von Personal gegeben hat, das gegen den Missbrauch von Wohnraum vorgehen soll, ist bisher nichts passiert. Die Stellen wurden bis Oktober noch nicht ausgeschrieben. Das teilte die Bauverwal-

tung auf Anfrage der Linksfraktion mit. Eigentlich sollten die neuen Mitarbeiter\*innen bis Jahresende eine sogenannte Zweckentfremdungssatzung erarbeiten. Diese ist Voraussetzung dafür, findigen Geschäftemacher\*innen das Handwerk legen zu können. Sie können nach wie vor Wohnraum in teure Ferienwohnungen umwandeln, mehr als 12 Wochen im Jahr an Fremde vermieten oder unbegründet leer-

stehen lassen. „Vor dem Hintergrund von Wohnungsnot und Obdachlosigkeit ist das Verhalten der Stadtverwaltung nicht nachvollziehbar“, sagt Dirk Machentanz. „Ganz offensichtlich verschleppt sie das Thema, nur weil es ihr nicht in den Kram passt.“ Laut einer Studie des Empirica-Instituts könnten mit einer Zweckentfremdungssatzung rund 750 Wohnungen zusätzlich auf den hannoverschen Markt kommen.